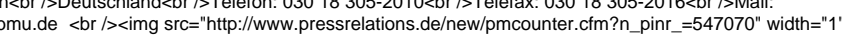




Neues Umweltabkommen soll Ausstoß von Quecksilber weltweit eindämmen

Neues Umweltabkommen soll Ausstoß von Quecksilber weltweit eindämmen
Die Bundesrepublik Deutschland hat die neue Quecksilber-Konvention der Vereinten Nationen unterzeichnet. Die sogenannte "Minamata-Konvention" zur Eindämmung von Quecksilberemissionen wurde mit dem heutigen Abschluss der Zeichnungszeremonie von über 110 Staaten, darunter Brasilien, China, Südafrika und Mexiko, sowie der EU gezeichnet. Ziel des Abkommens ist es, den Ausstoß von Quecksilber weltweit einzudämmen und so Menschen und Umwelt vor dieser gefährlichen Substanz zu schützen. So soll die Eröffnung neuer Quecksilberminen in den Vertragsstaaten verboten werden. Die Verwendung von Quecksilber in der Industrie wird erheblich eingeschränkt. Für die Lagerung und Behandlung von quecksilberhaltigen Abfällen soll es Mindeststandards geben. Die Konvention sieht zudem einen Überwachungsmechanismus vor, der die Einhaltung der Anforderungen sichern soll. Benannt wurde das Abkommen nach der japanischen Stadt Minamata, wo Mitte der 50er Jahre Tausende Menschen durch quecksilberhaltige Abwässer eines Chemiewerks vergiftet wurden. Dieser Fall war eine der ersten gesundheitlichen Katastrophen, die durch die falsche Handhabung von chemischen Abfällen ausgelöst wurde. Quecksilber ist ein hochgiftiges Schwermetall, das in hoher Dosierung tödlich ist. Aufgrund seiner hohen Flüchtigkeit breitet es sich in der Atmosphäre weiträumig aus. So gelangen beispielsweise jedes Jahr - oft weitab von der Quelle - etwa 200 Tonnen Quecksilber in die Arktis. Dort wird das Schwermetall von Fischen aufgenommen und kann so auch in Deutschland in die Nahrungskette gelangen. Nach der heutigen Zeichnung wird die Konvention in Kraft treten, wenn mindestens 50 Zeichnerstaaten das Übereinkommen ratifiziert haben. In Deutschland muss der Bundestag unter Beteiligung des Bundesrates dem Abkommen noch zustimmen. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Stresemannstraße 128-130 10117 Berlin Deutschland Telefon: 030 18 305-2010 Telefax: 030 18 305-2016 Mail: presse@bmu.bund.de URL: <http://www.bmu.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Bundesumweltministerium stellt sich vor
Das Bundesumweltministerium besteht seit 1986 und ist verantwortlich für die Umweltpolitik der Bundesregierung. Offiziell trägt das Ministerium den Namen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; häufig wird jedoch - wie auf dieser Internetseite - die Abkürzung BMU oder die Kurzform Bundesumweltministerium verwendet. An seinen beiden Dienstorten Bonn und Berlin beschäftigt das Ministerium insgesamt ca. 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sechs Abteilungen. Seit 2012 wird das Ministerium von Bundesumweltminister Peter Altmaier geleitet. Er wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt durch den beamteten Staatssekretär Jürgen Becker sowie die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Ursula Heinen-Esser und Katherina Reiche. Was sind die Aufgaben des Bundesumweltministeriums? Das Ziel der Umweltpolitik ist es, uns und den nachfolgenden Generationen ein gesundes Lebensumfeld zu erhalten oder zu schaffen. Die Umweltpolitik der Bundesregierung umfasst deshalb viele verschiedene Bereiche, in denen das Ministerium Ziele formuliert, Entscheidungen trifft und Gesetze vorbereitet. Das Bundesumweltministerium setzt sich vor allem für den Klimaschutz, den Erhalt der Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten, den sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Energie sowie den Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umweltbelastungen ein. Dabei folgt die deutsche Umweltpolitik stets dem übergeordneten Leitbild der Nachhaltigkeit. Das bedeutet, umweltbewusst, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial gerecht zu leben und zu handeln. Das Ziel ist also, heutige Bedürfnisse so zu befriedigen, dass auch kommenden Generationen die Chance bleibt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Auch in der internationalen Umweltpolitik ist das Bundesumweltministerium aktiv. Zu den größten weltweiten Herausforderungen gehören der Klimawandel und der Verlust der biologischen Vielfalt. Wegen seines engagierten Einsatzes für die Umwelt gilt Deutschland international als Vorbild.